



Sitzung des Vorstands der EVP-Fraktion

AMSTERDAM

14.-15. November 2013

Europäische Lösungen funktionieren

INHALTSVERZEICHNIS

Programm	4
Zusammenfassung	6
Schlussfolgerungen	18

PROGRAMM

Europäische Lösungen funktionieren

Donnerstag, 14. November 2013

Begrüßungsreden

- **Joseph Daul** MdEP, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (EP)
- **Wim van de Camp** MdEP, Leiter der niederländischen Delegation der EVP-Fraktion im EP
- **Sybrand Buma**, Präsident der CDA-Fraktion im nationalen Parlament
- **Corien Wortmann-Kool** MdEP, Stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, Vorsitzende des Arbeitskreises Wirtschaft und Umwelt, Vizepräsidentin der Europäischen Volkspartei

Redner

- **Jan Peter Balkenende**, ehemaliger niederländischer Premierminister

THEMA I: UNSERE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS MOTOR FÜR WACHSTUM

Vorsitzende

- **Corien Wortmann-Kool** MdEP, Stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, Vorsitzende des Arbeitskreises Wirtschaft und Umwelt, Vizepräsidentin der Europäischen Volkspartei

Begrüßungsrede

- **Ria Oomen-Ruijten** MdEP, Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten im EP

Redner

- **Michel Barnier**, Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Binnenmarkt und Dienstleistungen
- **Jan Peter Balkenende**, ehemaliger niederländischer Premierminister
- **Lucinda Creighton**, ehemalige irische Staatsministerin für europäische Angelegenheiten, Vizepräsidentin der Europäischen Volkspartei
- **José Silva Peneda**, ehemaliges MdEP, Vorsitzender des Wirtschafts- und Sozialrates (CES) Portugals

Schlussfolgerungen

- **Csaba Öry** MdEP, Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des EP

Donnerstag, 14. November 2013

THEMA II: WIE MAN DIE BEVÖLKERUNG MOTIVIERT ZUR WAHL ZU GEHEN

Vorsitz:

- **Jaime Mayor Oreja** MdEP, Stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, Verantwortlicher für Politische Strategie, Europäisches Ideen-Netzwerk

Begrüßungsrede

- **Wim van de Camp** MdEP, Leiter der niederländischen Delegation der EVP-Fraktion im EP

Redner

- **Jack de Vries**, ehemaliger niederländischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Wahlkampfleiter der CDA
- **Peter Jobsen**, Wahlforschungsleiter für die CDA bei Motivaction
- **Vincent Ducrey**, Mitbegründer und Vorstandsvorsitzender des HUB-Instituts
- **Philip Weiss**, Gründer, Präsident, und „Chief Hyperthinker“ der ZN

Freitag, 15. November 2013

THEMA III: BEWÄLTIGUNG DER HERAUSFORDERUNGEN IN BEZUG AUF NACHHALTIGKEIT UND ENERGIE IN STÄDTEN UND REGIONEN

Vorsitzender

- **Marian-Jean Marinescu** MdEP, Stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, verantwortlich für den Arbeitskreis Haushalts- und Strukturpolitik

Begrüßungsrede

- **Lambert van Nistelrooij** MdEP, Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für regionale Entwicklung des EP

Redner

- **Walter van Kuijen**, Senior Vize-Präsident, Leiter des Büros für europäische Angelegenheiten, Royal Philips
-

Schlussfolgerungen

- **Jan Olbrycht** MdEP, stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister der EVP-Fraktion im EP, zuständig für interkulturelle Beziehungen

THEMA IV: GESUNDE UND AUSREICHENDE NAHRUNGSMITTELPRODUKTION FÜR EUROPA UND DIE WELT

Vorsitzende

- **Mairead McGuinness** MdEP, Stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, zuständig für den Arbeitskreis Auswärtige Angelegenheiten

Redner

- **Albert Jan Maat**, Präsident der COPA-COGECA, Europäischer Bauernverband
- **Gerda Verburg**, Ständige Vertreterin der Niederlande bei der FAO
- **Zofija Mazej Kukovič** MdEP, Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP

Schlussfolgerungen

- **Esther de Lange** MdEP, Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP

ZUSAMMENFASSUNG

BEGRÜSSUNGSANSPRACHE



Jan Peter Balkenende, ehemaliger niederländischer Ministerpräsident;
Joseph Daul, Präsident der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament;
Martin Kamp, Generalsekretär der EVP-Fraktion im EP

Joseph Daul, Präsident der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, eröffnet die Sitzung des Vorstands und erinnert an das Hauptziel der externen Sitzungen des Vorstands: noch näher an den Wählern zu sein. In seiner Bestandsaufnahme der derzeitigen wirtschaftlichen Lage verweist er auf die Fortschritte bei der Bewältigung der Krise, insbesondere in den am stärksten betroffenen Ländern (Griechenland, Portugal und Spanien), in denen die führenden EVP-Politiker den Weg hin zu einem schnellen und nachhaltigen Wiederaufschwung vorzeichnen konnten. In diesem Sinne solle auch die kommende Wahlkampagne vorbereitet werden: Wir sollten keine übertriebene Siegesicherheit zeigen, sondern weiterhin den Mut haben, unsere politische Linie zu verteidigen. 2014 würde ein entscheidendes Jahr für Europa werden. Joseph Daul ist der Meinung, dass die EVP für mehr Europa eintreten sollte, insbesondere in der Außen-, Verteidigungs- und Energiepolitik. In Anbetracht dessen, dass die Mitte-Rechts-Parteien ihre politische Linie weiterverfolgen sollten, um ihre Basis zu erhalten, betont er, dass es in der Verantwortung der politischen Verantwortlichen läge, gegen den Populismus anzukämpfen. In diesem Sinne müsse man daran erinnern, dass Europa nützlich ist, und zeigen, dass sich unsere Bemühungen bezahlt machen sowie unsere Werte weiterhin verteidigen.

Win Van de Camp, Vorsitzender der niederländischen Delegation der EVP-Fraktion im Europäischen

Parlament, gibt zu, dass die Niederlande ein schwieriges Verhältnis zur EU haben. Dem niederländischen Beispiel folgend betont er daher die Notwendigkeit, die öffentliche Debatte erneut aufzunehmen und den Dialog wiederherzustellen, um auf die Bürgerinnen und Bürger einzugehen, die das Gefühl haben, nicht gehört zu werden. Um jedoch nicht zum Werkzeug der Populisten zu werden, dürfe diese Debatte nicht auf eine Volksabstimmung über Europa reduziert werden, sie solle lediglich ermöglichen, über das bestmögliche Europa nachzudenken. Die bevorstehenden Diskussionen vorwegnehmend fragt sich Win Van de Camp, wie die Mitte-Rechts-Wählerschaft zu überzeugen sei, wählen zu gehen.

Sybrand Buma, Vorsitzender der CDA im niederländischen Parlament, antwortet teilweise auf diese Frage, indem er zunächst seine Freude über den kürzlich erzielten Erfolg der CDA bei den nachträglichen Gemeindewahlen äußert, um dann die Herausforderung der Wahlen im Jahr 2014 abzuschätzen. Er erinnert an die Verantwortung der EVP, der größten europäischen Partei, und an die Notwendigkeit, das Vertrauen in die führenden Politiker wiederherzustellen. Er zeigt sich besorgt über die populistischen Parteien und ruft dazu auf, den Europa-Verweigerern die Sache nicht noch leicht zu machen. In Anlehnung an die Äußerungen von Win Van de Camp ist Sybrand Buma der Ansicht, dass die wirkliche Debatte diejenige über die Natur des Europa von morgen sei. In dieser Debatte müsse sich die politische Linie der Mitte-Rechts-Kräfte klar von der der Sozialisten unterscheiden. Mit anderen Worten müsse die EVP weiterhin für die Sanierung der Finanzen sowie für eine wirksame gesetzliche Regelung eintreten. Sybrand Buma nimmt die von der CDA vertretenen Grundsätze zur Ausrichtung einer Umgestaltung des europäischen Projekts auf: Entscheidungen, die unserer gemeinsamen Zukunft zugutekommen, eine gerechte Wirtschaft, eine Gesellschaft, die Möglichkeiten für alle bietet und deren Eckstein die Familie ist. Abschließend weist er mit Nachdruck auf das Subsidiaritätsprinzip hin, um daran zu erinnern, dass die EU eine Staatengemeinschaft sein müsse, in deren Herzen der Bürger einen festen Platz einnimmt.

Corien Wortmann-Kool, Vizepräsidentin der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Zuständige für die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Umwelt, glaubt, dass die EVP es geschafft hat, ihre Botschaft kundzutun, und die notwendigen Anstrengungen unternommen hat, um die Gefahr einer „verlorenen Generation“

abzuwenden. Europa habe tiefgehende und leider schmerzhaft Reformen vorgenommen, die den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Reformierung des Bankensystems zur Absicherung der Unternehmen und das Wachstum der Anzahl an KMU ermöglicht hätten. Nach Ansicht von Corien Wortmann-Kool sollte die EVP eine Volkspartei darstellen, eine Partei, die Arbeitsplätze schafft und Wachstum ermöglicht.

Interventionen

Jan Peter Balkenende, ehemaliger niederländischer Ministerpräsident, warnt seinerseits vor jeglicher Schwarzweißmalerei in Sachen Europa. Er zeigt sich beunruhigt über die pessimistische, ja fatalistische Einstellung der politischen Verantwortlichen. Er ruft auf zu größerer intellektueller Aufrichtigkeit und zu Realismus bei unseren Analysen. In diesem Sinne spricht er drei Punkte an:

- Die Lage, in der sich Europa heute befindet: Die Krise sei noch nicht beendet, doch es seien Fortschritte gemacht worden, insbesondere hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit. Die Europäerinnen und Europäer hätten wahren Reformwillen gezeigt und in Innovation investiert. Es könnten bereits positive Entwicklungen in dieser Richtung ausgemacht werden sowie eine allmähliche Zunahme der ausländischen Investitionen, während sich andere Regionen der Welt (USA, China) zunehmenden Schwierigkeiten gegenübersehen.
- Die EVP sei eine Wertepartei (Menschenwürde, öffentliche Gerechtigkeit, Verantwortung, Solidarität). Diese Werte müssten erneut ihren Platz innerhalb der europäischen Debatte finden.



Sybrand Buma, Vorsitzender der CDA im niederländischen Parlament;
Corien Wortmann-Kool, MdEP, stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, Verantwortliche der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Umwelt, stellvertretende Vorsitzende der Europäischen Volkspartei

- Dauerhaftigkeit müsse in unser Wirtschaftsmodell Einzug halten. Als wesentlicher Bestandteil einer sozialen Marktwirtschaft bedinge sie Integrität, Transparenz und die Teilhabe der Gemeinschaften. Dieses Dauerhaftigkeitsziel erfordere langfristige Überlegungen sowie eine neue Vision der Politik der Gesellschaften und der Unternehmen. Nach Ansicht von Jan Peter Balkenende müssen die Grundsätze Dynamik, Innovation und Gerechtigkeit das Tun jeder Regierung, jedes Politikers und jedes Unternehmens maßgeblich bestimmen.

In dieser Hinsicht schlägt Jan Peter Balkenende eine klare Linie vor: eine erneute Anregung der Wertedebatte in Europa und die Ermutigung der Bürgerinnen und Bürger. Der europäische Geist dürfe nicht von Populisten und Nationalisten abgewendet werden. Die EVP müsse in der Lage sein, neue Perspektiven zu bieten. Dafür müssten die Rollen neu definiert werden, insbesondere indem neue Bündnisse mit der Zivilgesellschaft geschlossen würden. Es sei wichtig, die großartige Geschichte Europas zu erhalten, wenn angestrebt werden soll, dass sie einen weltweiten Antrieb darstellt.

THEMA I: DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS WACHSTUMSMOTOR

Corien Wortmann-Kool, MdEP, stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, Verantwortliche der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Umwelt, *stellvertretende Vorsitzende der Europäischen Volkspartei*, eröffnet das Panel und stellt die Rednerinnen und Redner vor. Sie weist darauf hin, dass die soziale Marktwirtschaft ein zentrales Thema der EVP-Fraktion sei, die sie seit ihren Anfängen fördere und verteidige.

Ria Oomen-Ruijten, MdEP, Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des EP, führt mit einer Feststellung in die Thematik ein: Es sei eine Herausforderung, sich mit der sozialen Marktwirtschaft (SMW) zu befassen, insbesondere unter Berücksichtigung des Titels des Panels. Die SMW stelle die Grundlage unseres Marktes, unserer Wirtschaft dar; sie sei darüber hinaus auch ein Kernanliegen der Christdemokraten. Auch wenn es sich um eine Politik handle, so könne sie dennoch nicht allein neue Arbeitsplätze schaffen: Öffentliche Stellen, gleich welcher Art, könnten nur die Voraussetzungen

für Beschäftigung schaffen. Ria Oomen-Ruijten hält in dieser Hinsicht den Titel des Panels für sehr treffend. Anschließend geht Ria Oomen-Ruijten der Frage nach, ob die EVP sich hinreichend für die SMW eingesetzt und ihren politischen Verpflichtungen entsprechend gehandelt habe. Ihres Erachtens falle die Antwort negativ aus: Die EVP habe sich allzu oft von der Wahrung der Interessen und Werte der Stakeholder mitreißen lassen, und es sei ihr nicht immer gelungen, den Menschen und die Sozialpartner wieder in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik zu stellen.

Die SMW bestehe aus drei Grundsätzen:

- Solidarität
- Verantwortlichkeit
- Subsidiarität

Bei den ersten beiden gehe es um Hilfe und Unterstützung für die Menschen; mit dem dritten könne bestimmt werden, auf welcher Ebene dem Menschen am besten gedient werde.

Der Markt müsse auf Langfristigkeit ausgerichtet sein: für den Menschen, die Umwelt, die künftigen Generationen. Mit der SMW würden Verbindungen zwischen den Menschen geschaffen, für die nicht das Recht des Stärkeren im Vordergrund stehe, wie von den Liberalen beabsichtigt, jedoch ohne dabei Abhängigkeiten zwischen den Menschen herzustellen, wie es die Sozialisten befürworteten.

Unsere Gesellschaft habe sich verändert. Die Globalisierung sei eine Realität: Europa sei sicherlich die reichste Region der Welt, es gebe jedoch auch 7 Milliarden Menschen, die in absoluter Armut lebten. Auch der Demographie komme eine wichtige Rolle zu: In Europa lebten zu Beginn des 20. Jahrhunderts

20 % der Weltbevölkerung, heute seien es nur noch 11 % und im Jahr 2150 werde der Anteil nur noch 7 % betragen. Das Problem der Bevölkerungsalterung werfe die Frage nach der Weitergabe unserer Werte an die künftigen Generationen auf.

Zur Begleitung dieses Wandels sei die SMW unverzichtbar. Man müsse sich auf das rheinische Modell stützen, d. h. die verschiedenen Elemente der Zivilgesellschaft, insbesondere aus allen Generationen, hinzuziehen, um beispielsweise die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern.

1997 habe der erste Beschäftigungsgipfel in Amsterdam stattgefunden: Die eingegangenen Verpflichtungen seien dieselben wie heute. Der Unterschied bestehe darin, dass die Europäische Union seinerzeit die Mittel aus den Strukturfonds verwendet habe. Heute sei es erforderlich, dass alle, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, gemeinsam für eine wirksame Eingliederung junger Menschen in die Arbeitswelt sorgen. Die Generationenfrage sei wichtig: Älteren Arbeitnehmern müsse der Verbleib in der Arbeitswelt und jungen Arbeitnehmern die Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Es stelle sich jedoch auch die Frage der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, der Monopole usw.

Man müsse auch beachten, dass die Ungleichheiten zunehmen. Die Christdemokraten dürften dies nicht zulassen: Man müsse den Menschen zwar ihre Verantwortung bewusst machen, ihnen jedoch auch einen angemessenen Lebensstandard sichern, beispielsweise beim Eintritt in den Ruhestand. Man müsse den Menschen Vertrauen in die Gesellschaft geben, an alle denken, tolerant sein und Mitgefühl zeigen können. Die EVP müsse dieses neue Modell schaffen, die Beziehungen zwischen den Menschen neu gestalten, damit sie nachhaltiger werden.

Michel Barnier, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, erinnert daran, dass die Herausforderung für die Zukunft für die EVP darin bestehe, die Wähler bei den Wahlen davon zu überzeugen, den Entwurf der EVP zu unterstützen. Die SMW müsse wieder in einen historischen Kontext und eine historische Perspektive gestellt werden: Sie sei in Deutschland in Form des rheinischen Modells entstanden, und mit ihrer Hilfe sei der Wiederaufbau dieses Landes, aber auch Europas, nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglicht worden.

Die SMW lasse sich anhand von zwei Schlüsselbegriffen verstehen: Freiheit und Gerechtigkeit. Man müsse mit



diesem Modell gerecht (es habe den Wiederaufbau Europas ermöglicht) und zugleich klarsichtig umgehen: Dieses Modell sei im Zuge hoher Arbeitslosigkeitsquoten ins Wanken geraten. Es sei auch durch das Verschulden der EVP ins Wanken geraten, da sie sich von ihren Werten entfernt und sich denen des Ultraliberalismus der Finanzmärkte angeschlossen habe, die, wie durch die Krise deutlich geworden sei, eine Vormachtstellung eingenommen hätten. Dieses ultraliberale Modell sei nicht das der EVP.

„Free and Fair“, hierunter seien Regeln zur Wahrung des Allgemeininteresses zu verstehen. Ferner müsse man erkennen, dass die heutige Welt nicht warte: Wie Angela Merkel vor kurzem hervorgehoben habe, machten die Europäer 7 % der Weltbevölkerung, 25 % des weltweiten BIP und 50 % der weltweiten Sozialausgaben aus. Man könne diesen Weg nicht ohne Anstrengungen, ohne Reform und ohne politischen Mut weitergehen. Die aktuellen Krisen hätten Folgen und sie hätten die eigenen Schwächen offenbart.

Allerdings habe man sich diesen Schwächen gestellt und befände sich in einem Prozess des Wiederaufbaus der europäischen Wirtschaft. Dieser stütze sich auf zwei Grundlagen:

1. Die Banken: Die Gesetze, die verabschiedet würden, müssten einen Sinn und einen Horizont haben. Dies würde durch die Verabschiedung von Gesetzen, in denen Lehren aus der Krise gezogen würden und der liberale Markt neu ausgerichtet würde, umgesetzt bzw. sei bereits umgesetzt worden. Diese Arbeit sei nahezu abgeschlossen.
2. Der Binnenmarkt müsse ein Raum für Wettbewerb sein, mit gemeinsamen Regeln und nicht fragmentiert. Dreieinhalb Jahre lang habe man die Bruchstellen in den verschiedenen Sektoren gesucht, wie beispielsweise dem digitalen Binnenmarkt.

Das Wichtigste in der Krise habe darin bestanden, diese beiden Grundlagen wiederherzustellen. Man müsse sich jedoch auch der Zukunft zuwenden und sich für die künftigen Generationen „ins Zeug legen“, durch Investitionen in Innovation, Gründung, Forschung und Bildung. Mithilfe dieser Politik könne man drei Ziele erreichen:

- Den Werten der EVP treu bleiben: den Menschen vertrauen und sie in ihren individuellen Initiativen unterstützen, auch in der Sozialwirtschaft.
- Neue politische Maßnahmen auf eine Strategie der industriellen Wettbewerbsfähigkeit stützen. Nach



Michel Barnier, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen;
Ria Oomen-Ruijten, MdEP, Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des EP

Auffassung von Kommissar Barnier darf Europa kein reiner Dienstleistungskontinent bleiben. Es müssten wieder Kapazitäten für die industrielle Produktion aufgebaut werden, und dies werde notwendigerweise durch Forschung und Entwicklung in den neuen Technologien erreicht. Derzeit verliere Europa Schlüsseltechnologien für die Zukunft.

- Ein neues umweltfreundlicheres Wachstum vorschlagen. Die derzeit größte Veränderung besteht nach Ansicht von Kommissar Barnier nicht nur in dem von der Wirtschafts- und Finanzkrise herbeigeführten Wandel, sondern auch im Klimawandel.

Abschließend erinnert Kommissar Barnier an zwei zentrale Begriffe: Freiheit und Gleichheit.

Lucinda Creighton, ehemalige Staatsministerin für europäische Angelegenheiten, stellvertretende Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, erinnert zunächst daran, dass die SMW nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland entstanden und der Wiederaufbau Deutschlands mit ihrer Hilfe ermöglicht worden sei. Dieses Modell sei jedoch auch in einem Maße anpassungs- und innovationsfähig gewesen, das im übrigen Europa Neid erwecke. Dies habe sich in den 90er Jahren bei der Wiedervereinigung gezeigt. Lucinda Creighton betont die Bedeutung der seinerzeit von den führenden Politikern getroffenen politischen Entscheidungen, sei es in Bezug auf Rente, Arbeitslosigkeit, Weiterbildung oder Arbeitszeit, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern. Bei diesen Entscheidungen hätten Innovation

und Verantwortung im Zentrum des politischen Willens zum Erhalt der Industrie gestanden.

Das übrige Europa stehe heute vor denselben Herausforderungen wie das Deutschland der 90er Jahre. Lucinda Creighton betont, dass Europa, insbesondere dank Kommissar Barnier, in der Krise wichtige Maßnahmen habe ergreifen können. Die größten Herausforderungen seien jedoch nach wie vor die Sozialpolitik und die soziale Sicherheit in Europa. Die Tatsache, dass Europa die höchsten Ausgaben für die soziale Sicherheit aufweise, sei zwar gut, dies müsse jedoch nachhaltig bleiben.

Die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Krise dürften nicht unterschätzt werden. Man müsse sich des Handlungsbedarfs im Hinblick auf die Banken ebenso wie in Bezug auf die Arbeitslosigkeit bewusst sein. Die Krise habe gezeigt, dass man in einer Wirtschaft gelebt habe, die große Probleme hatte, welche trotz allem aufgetreten wären.

Die SMW stehe heute auch vor einer demographischen Herausforderung. Angesichts einer Bevölkerung, in der 30 % der Menschen über 60 Jahre alt sind, und einer Jugendarbeitslosigkeit von 50 % müssten die Mittel gefunden werden, jedem ein würdiges Leben zu ermöglichen. Die Frage der Mobilität sei von wesentlicher Bedeutung. Hierbei könne das Beispiel der USA hilfreich sein. Dies bleibe aber eine echte Herausforderung für Europa: In Deutschland beispielsweise bestehe ein Bedarf an 30 000 bis 50 000 Ingenieuren, während junge Iren ihr Land verließen, um außerhalb Europas zu arbeiten. Die Sprachbarriere sei wichtig, und während es im Trend liege, die Sprachen der BRIC-Länder zu erlernen, würden die europäischen Sprachen vernachlässigt.

Das Bildungssystem müsse ebenfalls verbessert werden, um die Herausforderungen zu bewältigen und den Forderungen des privaten Sektors gerecht zu werden, damit Universitäten und Unternehmen zusammenarbeiten.

Auch der Zugang von KMU, die auf Innovation und Vergrößerung setzen, zu Krediten sei von zentraler Bedeutung. Genau hier lägen die Quellen für Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa. Der Bankensektor sei im Begriff, sich daraus zurückzuziehen. Man müsse wieder eine Sinnhaftigkeit schaffen und zum Wesentlichen zurückkehren: Die Banken müssten der Gesellschaft dienen, nicht umgekehrt. In Irland

seien unseriös wirtschaftende Banken mithilfe von Staatsschulden unterstützt worden.

Lucinda Creighton zufolge seien zwei Reformen der SMW erforderlich:

- Eine gerechtere Gestaltung von Bankkrediten durch eine unterschiedliche Bewertung von Bankguthaben*
- Eine Erhöhung des Anteils bankenfremder Finanzierungen In den USA entfielen auf die Banken nur 25 % der Finanzierung der Wirtschaft, in Europa seien es 75 %. Für den Immobilienbereich betrage dieser Anteil in Europa 98 %, womit die Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft von den Banken verdeutlicht werde.*

Abschließend betont Lucinda Creighton, dass die Zukunft Europas dank der Positionen der EVP in den von ihr regierten Ländern klar und gesichert sei, und dass diese Linie weiterverfolgt werden müsse.

José Silva Peneda, ehemaliges MdEP, Präsident des portugiesischen Wirtschafts- und Sozialrats (WSR), weist darauf hin, dass das Konzept der SMW eine soziale und eine menschliche Komponente habe: Gleichheit und Effizienz ergänzten einander. Europa habe sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert, und dieser Wandel habe auch die SMW betroffen. Sie müsse nun an diese neue Realität angepasst werden, ohne an den wesentlichen Grundlagen zu rühren. José Silva Peneda merkt an, Politikerinnen und Politiker ohne politische Vision seien Opportunisten. Während seiner Amtszeit habe er stets Wert auf den Dialog mit den Sozialpartnern gelegt, was dann die Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Einleitung von Maßnahmen für die wirtschaftliche und soziale Stabilität Portugals ermöglicht habe. Das von 80 % der Partner angenommene Programm habe es ermöglicht, die vom IWF gewünschten Reformen auf den Weg zu bringen. Dies sei zwar ein Opfer gewesen, aber eines, um die Hoffnung in die Zukunft zu bewahren. Die Opfer seien größer als vorgesehen gewesen, letztlich seien jedoch die Ergebnisse geliefert worden.

Die privaten Haushalte, das BIP und die Beschäftigung sowie die Staatsverschuldung seien zweieinhalb Jahre von den Folgen betroffen gewesen. Es habe Fehler gegeben, wie die Unterschätzung der strukturellen Dimension der Krise und ihrer Auswirkungen auf die Verschuldung, die Unterschätzung der Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigung und die Senkung der Ausgaben ohne echte strukturelle Reformen, was auch zu einem Rückgang des Einkommens der privaten Haushalte geführt habe. Schließlich sei das Wirtschaftsmodell



José Silva Peneda, ehemaliges MdEP, Präsident des portugiesischen Wirtschafts- und Sozialrats (WSR); **Lucinda Creighton**, ehemalige Staatsministerin für europäische Angelegenheiten, stellvertretende Vorsitzende der Europäischen Volkspartei

weder entsprechend geändert noch überarbeitet worden, um es wettbewerbsfähiger zu machen.

Es seien jedoch auch positive Ergebnisse erzielt worden: Die Schuldenlast habe sich verringert und die Kapitalkonten für 2013-2013 seien besser aufgestellt.

Nach einer solchen Krise könne man nicht einfach so weitermachen wie bisher. Das portugiesische Wirtschaftsmodell habe zu viel Gewicht auf Kredit und Bauwesen gelegt. Die Krise habe diese Schwächen ans Licht gebracht, und künftig werde ein neues Modell benötigt, das von größerem Nutzen für die Wirtschaft sei. Das Potenzial Portugals werde sich beweisen. In der Woche vor dieser Sitzung hätten die Sozialpartner bekräftigt, dass eine Staatsreform und die Rückkehr zum Wachstum mit strukturellen Reformen erforderlich seien. Die Maßnahmen müssten über eine Politik der kleinen Schritte durchgeführt werden, um in Portugal eine echte SMW aufzubauen.

Auf der Ebene des Euro-Währungsgebiets erfordere die SMW andere Reaktionen: Die wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiede im Währungsgebiet müssten verringert werden. Dies sei eine Frage des sozialen Zusammenhalts. Die Krise, in der sich Europa befinde, sei föderal: Es gehe darum, die politischen Antworten der föderalen Institutionen umzusetzen.

Corien Wortmann-Kool eröffnet die Diskussion mit dem Publikum.

Jean-Pierre Audy ergreift das Wort zu zwei Punkten: zu der Notwendigkeit sozialer Konvergenz

– beispielsweise bei der Grundsicherung – in Europa, und der Notwendigkeit, Sozialwirtschaft und Solidarwirtschaft nicht miteinander zu vermischen, die zwei unterschiedliche Bereiche seien.

Mairead McGuinness äußert sich zum Mangel an Krediten für Unternehmen und zu bankfremden Finanzierungsmöglichkeiten.

Alojz Peterle weist auf die Gefahr hin, dass sich die europäische Integration aufgrund der derzeit guten wirtschaftlichen Signale verlangsamt.

Angelika Niebler spricht darüber, dass die Kommission ein Verfahren gegen Deutschland in Bezug auf seine Handelsbilanz eingeleitet habe.

Seán Kelly stellt zwei Fragen, zum Anteil des europäischen Sozialmodells an der Weltwirtschaft und zur geringen Umsetzung der Empfehlungen an die Mitgliedstaaten.

Corien Wortmann-Kool weist darauf hin, dass sich das Parlament in dem von der Kommission gewünschten System einer Bankenunion gegen das zwischenstaatliche Modell ausgesprochen habe.

Danuta Hübner erinnert daran, dass für Europa eine schwierige Zeit begonnen habe und dass es schwierig sei, alle Versprechen an die Bürger zu halten: Die Rückkehr zum Wachstum sei von wesentlicher Bedeutung.

Elmar Brok ist der Ansicht, dass man das Modell der SMW weiter ausbauen müsse und dass die Lohnpolitik hierbei nicht das einzige wirksame Instrument sei. Der soziale Dialog sei kein Hindernis für Wettbewerbsfähigkeit.

Lambert Van Nistelrooij wünscht, dass die Investitionen der europäischen Mittel wieder auf das ausgerichtet werden, was wesentlich und wirksam ist, und erinnert an die Bedeutung der Ausbildung junger Menschen.

Astrid Lulling ergreift das Wort zur Frage der Grundsicherung.

Mairead McGuinness weist auf die Energiekosten hin, die die europäische Wettbewerbsfähigkeit belasteten.

Zusammenfassend stellt **Csaba Öry**, Koordinator im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, die gemeinsamen Standpunkte in der Debatte heraus:

- Das Ziel sei eine chancengleiche, gerechte, tragfähige und nachhaltige SMW.

- Die Reform der SMW sei von entscheidender Bedeutung, um den Herausforderungen, seien sie demographischer oder wirtschaftlicher Natur, die Europa bewältigen muss, Rechnung zu tragen. Diesbezüglich weist Csaba Öry auf das hin, was die EVP von den anderen politischen Familien

unterscheide: Die Sozialisten liebten Ausgaben, während die Liberalen alles den Marktkräften überlassen wollten; die EVP bevorzugte ein tragfähiges und chancengleiches System.

- Innovation, Forschung, Zugang von KMU zu Finanzierung, Jugendbeschäftigung, Entwicklung der beruflichen Bildung, Flexibilität des Arbeitsmarktes und seine Zugänglichkeit für alle seien die obersten Prioritäten, von denen die Überlegungen und Arbeiten der Fraktion geleitet würden.

- Die Reform der SMW müsse unter anderem eine Erhöhung der Mobilität der Arbeitnehmer und eine Modernisierung der Systeme der sozialen Sicherheit umfassen.

THEMA II: WIE KANN MAN DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER DAVON ÜBERZEUGEN, WÄHLEN ZU GEHEN?

Vorsitz

Jaime Mayor Oreja, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion und zuständig für Strategieplanung, leitet das Thema ein und stellt fest, dass das Wahlergebnis eine Bewertung der Rolle der EVP bei der Bewältigung der Krise sein werde. Für die künftige Entwicklung der europäischen Institutionen sei es unumgänglich, die Wähler zu überzeugen. Jaime Mayor Oreja analysiert kurz die Situation und beschreibt verschiedene Kräfte, die von der Krise profitieren und die größten Gegner der Mitte-Rechts-Fraktion darstellen würden: populistische und isolationistische Parteien. Um diesen entgegenzuwirken, müsse das europäische Vorhaben wieder ins Zentrum der Debatten gerückt werden. Die EVP müsse sich von ihrem Relativismus lösen. Sie

müsse erneut ihre Fähigkeit, das europäische Vorhaben wiederzubeleben, ihre moralische Überlegenheit und ihre konkrete Rolle beim Aufbau der Union bekräftigen. Sie müsse die Regierungsunfähigkeit der Populisten hervorheben und den Bürgern deutlich machen, dass eine populistische Stimme bei der Wahl eine verlorene Stimme sei.

Win Van de Camp, Leiter der niederländischen Delegation der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, wirft die Frage auf, wie man die Wähler dazu bewegen könne, wählen zu gehen. Er stellt fest, dass die Wahlbeteiligung der EVP-Wähler seit 1979 konstant abgenommen habe, ganz im Gegensatz zu der Beteiligung der Wähler extremer Parteien. Er erkenne zwar die zunehmend wichtige Rolle der sozialen Medien an, wolle jedoch daran erinnern, dass der direkte Kontakt mit den Wählern wesentlich sei.

Jack de Vries, ehemaliger Staatssekretär des niederländischen Verteidigungsministeriums und Wahlkampfleiter des CDA, spricht über die Lehren, die seiner Meinung nach aus früheren Wahlkämpfen gezogen werden müssten. Er erinnert daran, dass die Situation innerhalb weniger Wochen umschlagen könne und dass es daher unerlässlich sei, regelmäßig die öffentliche Meinung einzuholen und die aktuelle Stimmungslage der Bevölkerung zu analysieren. Für die EVP sei es daher wichtig, rasch den Kontakt zu den Bürgern wiederherzustellen.

Jack de Vries nennt mehrere Elemente, die im digitalen Informationszeitalter („Mediokratie“) in einen Wahlkampf eingebaut werden müssten:

- Der „Medien-Wettbewerb“: Es wird eine größtmögliche Anzahl von Menschen erreicht, wobei man ständig am Puls der Zeit bleibt. Die Politiker müssten sich gegenüber Journalisten aktiver präsentieren und soziale Netzwerke (insbesondere Twitter) zu ihrem Vorteil nutzen. Da heute dem Image mehr Bedeutung beigemessen werde als der Substanz, müssten die Kandidaten sichtbar sein.

- Reduzierung der Kampagne aufs Wesentliche: Es wird nicht voreilig unter dem Druck von Umfragen und Ereignissen kommuniziert. Die EVP müsse zeigen, dass sie in der Lage ist, mit Risiken umzugehen, in jeder Situation mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen und eine einheitliche und ehrliche Botschaft zu vermitteln. Dies schließe auch die Fähigkeit mit ein, Fragen und Reaktionen der Medien und unserer Gegner zu antizipieren.

- Erklärungen und ständiger Dialog mit den



Wählern: Die Kandidaten der EVP müssten sich vergegenwärtigen, dass die Werte und das Wesen der Gesellschaft den Bürgern genauso am Herzen liegen wie die Bewältigung der Krise.

Peter Jobsen, Wahlforschungsleiter des CDA, gibt einen Überblick die Werte, die den Wähler tatsächlich wichtig seien. In allen Mitgliedstaaten sei eine enge Verbindung zwischen politischen Präferenzen und Werten festzustellen. Ob es sich um Familie, Arbeit, Gesellschaft oder Freizeit handele, diese Werte würden aktuelle Trends überdauern und seien ein Anhaltspunkt für das Vorgehen beim Wahlkampf. Die Mitte-Rechts-Wählerschaft umfasse sowohl traditionsbewusste als auch moderne Wähler. Die Basis der EVP bestehe aus gemäßigten Wählern, die für Modernisierung offen, aber hinsichtlich der Folgen der Globalisierung auf den privaten Bereich besorgt seien. Das größte Anliegen der Mitte-Rechts-Wähler sei die Zukunft ihrer Kinder. Es sei daher unumgänglich, diese Wähler anzusprechen und ihnen unsere Botschaft zu vermitteln.

Bezugnehmend auf Jack de Vries führt **Vincent Ducrey**, Mitbegründer und Generaldirektor des Instituts HUB, die Frage der digitalen Herausforderung weiter aus. Er beschreibt die Medienwelt als ein eigenständiges Ökosystem und fordert potenzielle Kandidaten auf, sich mit den verschiedenen Kommunikationskanälen auseinanderzusetzen. Er warnt vor einem Verlust der Kontrolle über die eigene Botschaft, die über soziale Netzwerke verzerrt werden könne. Um dies zu verhindern, legt er verschiedene zu verfolgende Strategien dar, unter anderem in Bezug auf die Wahl des Mediums und des Augenblicks der Verbreitung der eigenen Botschaft, die Bildung eines digitalen Wahlkampfteams und die Einführung eines ständigen „News Monitoring“. Vincent Ducrey nennt abschließend fünf Generationen in der Bevölkerung – von der Generation, die nicht Teil von Online-Netzwerken ist, bis hin zur „digitalen Generation“ – die Politiker ansprechen müssen und zwar die „Silence-Generation“, die „Baby-Boomer“, die Generationen „X“ und „Y“ und die am stärksten vernetzte Generation „Z“, die den Konsum von Information signifikant verändert habe.

Philippe Weiss, Vorsitzender von ZN, stellt ein mangelndes Interesse für europäische Themen fest. Er wirft die Frage auf, wie man am wirksamsten über die Prioritäten der Wähler kommunizieren könne: indem man sichtbar sei und sich Gehör verschaffe. Der Wahlkampf müsse eine Informationskampagne

vor Ort sein. Die EVP müsse vernetzt arbeiten, um ihre Botschaft so vielen Menschen wie möglich, insbesondere den demotivierten Wählern, zu vermitteln. Diese Botschaft müsse einen roten Faden haben, die Menschen ansprechen und sich auf individuelle Werte konzentrieren. Philippe Weiss würde eine Kampagne begrüßen, die auf „Storytelling“ beruht, um das Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen.

Der anschließende Meinungsaustausch bietet den Abgeordneten die Gelegenheit, bestimmte Anliegen anzusprechen.

Angelika Niebler und **Alojz Peterle** sprechen sich dafür aus, dass die EVP gegenüber radikalen Nationalisten eine vermehrt identitätsbezogene Haltung einnimmt. **Marco Scurria** ist der Auffassung, dass die Mitte-Rechts-Fraktion, Selbstkritik üben und fragen müsse, warum die Wähler sich populistischen Parteien zuwenden.

In Bezug auf die Kampagne wirft **Ria Oomen-Ruijten** die Frage auf, wie die Debatten wieder allein auf Europa ausgerichtet werden können. Unterstützt von **Dubravka Suica** und **Lena Kolarska-Bobinska** fordert sie, dass die europäischen Bürger wieder ins Zentrum der Kampagne gerückt werden und ihnen die Politik wieder nähergebracht wird.

Lambert van Nistelrooij, **Michael Gahler** und **Seán Kelly** befassen sich mit dem Vertrauen, das in die EVP gesetzt wird, und mit ihrer Glaubwürdigkeit. Um diese beiden Elemente wiederherzustellen, müsse das Vorgehen der Partei wieder von den Prioritäten und den Anliegen der Wählerschaft geleitet werden. In diesem Zusammenhang drückt **Marianne Thyssen** ihre Besorgnis über die Alterung der Mitte-Rechts-Wähler aus.

Astrid Lulling und **Angelika Niebler** pochen darauf, dass die nationalen und regionalen Unterschiede in Bezug auf Wahlsysteme und Wahlthemen berücksichtigt werden.

Schlussfolgerungen

Mairead McGuinness, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der EVP im Europäischen Parlament und zuständig für die Arbeitsgruppe für auswärtige Angelegenheiten, greift zum Abschluss der Aussprache die für die verschiedenen Sprecher wesentlichen Punkte wieder auf:

- Die EVP, die treibende Kraft des europäischen Aufbauwerks, müsse populistischen und

nationalistischen Kräften, die eine Politik der Zerstörung der Union vertreten, entschieden entgegentreten.

- Die EVP müsse die gemäßigte Wählerschaft mobilisieren.
- Die EVP müsse Abstand zur politischen Realität gewinnen, um die Verbindung mit der öffentlichen Meinung aufrechtzuerhalten.
- Die Grundwerte seien eng mit dem Wahlverhalten verknüpft. Die Ergebnisse von Meinungsumfragen dürfen weder unsere Ideen beeinflussen, noch unsere Botschaft verzerren.
- Die EVP müsse zeigen, dass sie eine klare Strategie verfolgt: die Medien werden als Werkzeug eingesetzt, aber der Kontakt mit den Menschen ist stets das Ziel.
- Der nationale Zusammenhang müsse berücksichtigt werden. Die Herausforderung der Politiker sei es, diesen mit europäischen Themen zu verbinden.
- Die Wähler brauchen einfache Botschaften: Die EVP müsse eine wahrhaftige Botschaft vermitteln und politische Debatten in Gang bringen.

THEMA III: BEWÄLTIGUNG VON HERAUSFORDERUNGEN IM BEREICH NACHHALTIGKEIT UND ENERGIE IN STÄDTEN UND REGIONEN

Corien Wortmann-Kool, MdEP, stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Verantwortliche für den Arbeitskreis für Wirtschaft und Umwelt, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Teilnehmer und stellt die Podiumsredner vor.



Lambert van Nistelrooij, MdEP, Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments, äußert seine Besorgnis über die Integration der verschiedenen europäischen Politikbereiche (Kohäsion, ländliche Entwicklung, Energie). Es sei ein umfassender Ansatz notwendig, um Synergien für die Europäische Union zu erzielen. In dieser Hinsicht liege die wichtigste Aufgabe der Kohäsionspolitik im Bereich der Energieeffizienz.



Walter van Kuijen, Senior Vice-President und Leiter der Abteilung für europäische Angelegenheiten bei Philips; **Jan Olbrycht**, MdEP, stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister der EVP-Fraktion im EP, zuständig für interkulturelle Beziehungen

Walter van Kuijen, Senior Vice-President und Leiter der Abteilung für europäische Angelegenheiten bei Philips, betont die bedeutende Rolle der Städte sowohl im Hinblick auf die EU-Politik im Allgemeinen als auch im Hinblick auf Energieeffizienzgewinne im Besonderen. Da im Jahr 2050 voraussichtlich 70 % der EU-Bevölkerung in Städten leben und mit der Strategie Europa 2020 anscheinend nicht schnell genug Ergebnisse erzielt werden, sollten viele Innovationen, die auf lokaler Ebene umgesetzt werden können (z. B. die Beleuchtung von städtischen Gebieten), so schnell wie möglich angegangen werden, da viele dieser Maßnahmen eng mit anderen politischen Maßnahmen verknüpft sind.

Rene van der Linden, niederländischer Senator sowie ehemaliger Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, betont, dass in der gesamten Welt Veränderungen in der Energiewirtschaft und der Energiepolitik stattfinden und dass der Energiemix somit auf unterschiedlichste Weise zusammengesetzt

ist. Diese bedeute jedoch beträchtliche Vorteile für die Bürger. Diese Themen müssten auf den verschiedenen Regierungsebenen in der Europäischen Union genau berücksichtigt werden.

Die Teilnehmer der Sitzung machen während der Diskussion mit ihren Anmerkungen und Fragen auf verschiedene Themen aufmerksam: die zuvor erwähnte Integration unterschiedlicher Politikbereiche (Jan Olbrycht, MdEP), zu ergreifende Maßnahmen für die Energieeffizienz (Manfred Weber, MdEP), weitere Vorkehrungen zur Gewährleistung erschwinglicher Energiepreise für die Bürger (Werner Langen, MdEP) sowie die Nutzung aller verfügbaren Mittel zur Umsetzung dieser Ziele (Alojz Peterle, MdEP). Die Podiumsredner (Rene van der Linden und Walter van Kuijen) erklären in ihren Antworten, dass diese eng miteinander verknüpften Fragen durch einen integrierten Ansatz gelöst werden müssen und dabei auch die Entwicklungen in wichtigen Regionen der Welt außerhalb der EU zu berücksichtigen seien.

Weitere Fragen betreffen insbesondere den Bereich Energieeffizienz der Kohäsionspolitik (Sean Kelly, MdEP), der Säule ländliche Entwicklung der Agrarpolitik (Mairead McGuinness), des Emissionshandelssystems (Astrid Lulling) und der Energiepolitik (Lena Kolarska-Bobinska). Die Podiumsredner weisen in ihren Antworten darauf hin, dass sich die Zuständigkeiten der verschiedenen Regierungsebenen in der Europäischen Union nicht immer gegenseitig ergänzen und dass diese Problematik selbst durch den Vertrag von Lissabon bisher nicht gelöst wurde (Lambert van Nistelrooij, MdEP). Außerdem wird die bedeutende Frage der Integration der verschiedenen europäischen Politikbereiche angesprochen (Rene van der Linden, Walter van Kuijen).

Jan Olbrycht, MdEP, bringt in seinen Schlussbemerkungen seine Zufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass in der Debatte immer wieder auf die lokalen und regionalen Behörden hingewiesen werde und dass deren Bedeutung niemals unterschätzt werden dürfe. Die lokalen und regionalen Behörden können jedoch Probleme der Energie und Energieeffizienz nicht allein lösen, selbst wenn die Thematik große Auswirkungen auf die Bürger und Verbraucher habe (Energiepreise). Es sei daher wichtig, die unterschiedlichen erörterten Politikbereiche kohärenter zu behandeln, denn es dürfe nicht vergessen werden, dass sie zusammenhängen und sich gegenseitig ergänzen.

THEMA IV: EINE AUSREICHENDE UND GESUNDE ERNÄHRUNG FÜR EUROPA UND DIE WELT

Den Vorsitz bei der Podiumsdiskussion führt **Mairead McGuinness**, stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, zuständig für die Arbeitsgruppe Auswärtige Angelegenheiten.

Albert Jan Maat, Vorsitzender von COPA-COGECA, ergreift als erster das Wort zum Thema Landwirtschaft. Er fasst die Arbeit des Verbandes, den er vertritt, in Bezug auf die Herausforderungen der nachhaltigen Landwirtschaft zusammen: Steigerung der Erzeugung bei geringerem Einsatz von Energie und Rohstoffen. In diesem Bereich weist die EU eine gute Bilanz auf. Sie verfügt über eine starke Stellung im Gartenbau und es besteht ein hohes Umwelt- und Landschaftsschutzniveau. Gleiches gilt für die Lebensmittelsicherheit in den Mitgliedstaaten. Einige „Problembereiche“ erfordern jedoch eine stärkere Mobilisierung des Europäischen Parlaments: der Mangel an Rohstoffen, der äußerst große Umfang der Einfuhren und höhere Ansprüche der Verbraucher.



Lambert van Nistelrooij, Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments; **René van der Linden**, niederländischer Senator sowie ehemaliger Staatssekretär für europäische Angelegenheiten; **Corien Wortmann-Kool**, stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Verantwortliche für den Arbeitskreis für Wirtschaft und Umwelt; **Adriaan Bastiaansen**, Head of WG Budget and Structural Policies; **Walter van Kuijen**, Senior Vice-President und Leiter der Abteilung für europäische Angelegenheiten bei Philips; **Jan Olbrycht**, MdEP, stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister der EVP-Fraktion im EP, zuständig für interkulturelle Beziehungen

Albert Jan Maat bringt seine Besorgnis gegenüber der Veraltung der europäischen Agrarpolitik zum Ausdruck, die zu einem Rückgang der Produktion geführt habe.

Seines Erachtens muss die EU in der Lage sein, den übrigen Teil der Welt zu „ernähren“. Dazu müssen die Landwirte unterstützt und die „reglementierte Landwirtschaft“ in eine „marktorientierte Landwirtschaft“ umgewandelt werden. Bei diesem Thema müsse die EVP ihre Führungsrolle wahrnehmen und bekräftigen, dass die Wettbewerbsregeln den Landwirten zugutekommen und die Agrarproduktion fördern müssen.

Albert Jan Maat ruft dazu auf, innovative Wege zu suchen, um den kleinen Betrieben dabei zu helfen, sich in ihrem Sektor zu erneuern. Die Qualität der europäischen Erzeugnisse stehe außer Frage. Es gehe nun darum, sich auf die erzeugte Menge zu konzentrieren, damit die EU die Rolle wahrnehmen könne, die ihr auf internationaler Ebene zusteht.

Gerda Verburg, ständige Vertreterin der Niederlande bei der FAO und ehemalige niederländische Landwirtschaftsministerin, führt die Frage der nachhaltigen Landwirtschaft weiter aus und geht dabei näher auf das Problem der Verschwendung ein. Sie spricht insbesondere folgende Punkte an:

- Wir erzeugen ausreichend Lebensmittel, um damit bis 2050 neun Milliarden Menschen versorgen zu können. Ein Drittel der weltweit erzeugten Lebensmittel wird jedoch verschwendet – sei es nun zum Zeitpunkt der Ernte, aufgrund einer fehlerhaften Lagerung oder innerhalb der Nahrungskette (der Verbraucher verschwendet 20 % der im Supermarkt erworbenen Lebensmittel).



Zofija Mazej Kukovič, Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP, **Gerda Verburg**, ständige Vertreterin der Niederlande bei der FAO und ehemalige niederländische Landwirtschaftsministerin

- Wie steht es mit der Öffnung der Weltmärkte für die Entwicklungsländer? Die Mehrzahl der Kleinbauern hat keinen Zugang zu den lokalen Märkten.
- Die Auswirkungen der Erzeugung und Verschwendung von Lebensmitteln auf die Umwelt: Die Wirtschaft muss dabei unterstützt werden, nachhaltig zu erzeugen – unter Verwendung von weniger Ressourcen und durch effiziente Lagerung. Die schließt auch eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren der Nahrungskette, die Ermittlung der verantwortlichen Unternehmen und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft ein. Die Landwirte tragen zwar einen Teil der Verantwortung für das Problem der Umweltverschmutzung, es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass sie auch Teil der Lösung sind.
- Ernährung und Entwicklung: Die Regierungen müssen ihrer Verantwortung nachkommen. In Afrika sind 75 % der Landwirte Frauen. Wie kann ihre Lebensqualität verbessert werden? Es muss mehr investiert werden und auf lokaler Ebene muss es mehr Innovation geben, dabei müssen vor allem die neuen Technologien genutzt werden.
- Spezifische Empfehlungen an die EU: Die Regierungen müssen die Frage der Mangelernährung und der Fettleibigkeit in den Mitgliedstaaten konkret angehen. Überdies sollten die Landwirte europaweit geschätzt werden und in die Landwirtschaft sollte investiert werden. Gerda Verburg warnt vor einer Kürzung der Haushaltsmittel für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP).

Zofija Mazej Kukovič, Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP, erläutert ihr Projekt „Food for Health and Jobs“, das die Nutzung der nicht bestellten Flächen und Auswahl der Kulturen abhängig von ihren Auswirkungen auf die Gesundheit einschließt. Zofija Mazej Kukovič möchte die gegenseitige Abhängigkeit von Ernährung und Wohlbefinden aufzeigen und diese in eine Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen umwandeln.

Beim anschließenden Meinungsaustausch werden mehrere Fragen erörtert:

- Problematik der Entwicklung: **Horst Schnellhardt** warnt vor „landgrabbing“. Er empfiehlt ein vorsichtiges Vorgehen und betont, es sei wichtig, europäisches Fachwissen anzubieten ohne Vorstellungen aufzuzwingen.
- Nachhaltigkeit: den Produktionsmethoden von Lebensmitteln muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die europäischen Bürger werden sich zunehmend bewusst, dass die Landwirtschaft für Nährstoffe sensibilisiert werden muss. **Mairead McGuinness** fordert die Einrichtung eines Beratungssystems zur Vermittlung von Kenntnissen. **Horst Schnellhardt** geht auf die Fragen der Ursprungsbezeichnung und des Lebensmittelpreises in der Welt ein. Er betont ferner die Notwendigkeit einer echten europäischen Politik zur Bekämpfung von Verschwendung.
- „Mit weniger mehr erreichen“: Dieser Gedanke, der sich als roter Faden durch die Aussprache zieht, wird von **Esther De Lange** erneut aufgegriffen, die nach der Relevanz der reformierten GAP bei dieser Herausforderung fragt. **Astrid Lulling** geht teilweise auf die Frage ein und erklärt, bestünde die GAP nicht, wäre dies eine Katastrophe für Europa. Sie schließt sich **Mairead McGuinness** an und fordert, sich für die Reform einzusetzen und die Landwirte entschlossener zu unterstützen. Abschließend weist **Wim van de Camp** auf den Druck der Politik und der Märkte hin, dem die Landwirte ausgesetzt sind, und spricht die Notwendigkeit der Beibehaltung der Agrarsubventionen an.

Schlussfolgerungen

Esther de Lange, Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und

Lebensmittelsicherheit des EP, schließt die Aussprache und nennt die Herausforderungen, die einer europäischen Lösung bedürfen: Überalterung der Bevölkerung und demographische Krise, die eine nachhaltige Politik auf wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ebene erfordern; Verringerung von Verschwendung; Attraktivität landwirtschaftlicher Tätigkeiten für junge Menschen; gestiegene Anforderungen der Verbraucher in Hinblick auf Gesundheit und Ernährung; Rückgang der natürlichen Ressourcen.

Europa muss sich diesen Herausforderungen gewachsen zeigen und die Interessen von Verbrauchern und Erzeugern in Einklang bringen. Die Verbindung von Gesundheit und Lebensmittelerzeugung darf nicht der Linken vorbehalten bleiben. Die EVP muss auch bei der Erhaltung der Umwelt Position beziehen. Auf wirtschaftlicher Ebene muss die GAP mit einer effizienten Wettbewerbspolitik verbunden werden. Die EVP muss ihren Standpunkt deutlich machen: eine nachhaltige Lebensmittelproduktionskette unter Wahrung der Regeln des Marktes.



Zofija Mazej Kukovič, Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP, **Gerda Verburg**, ständige Vertreterin der Niederlande bei der FAO und ehemalige niederländische Landwirtschaftsministerin; **Mairead McGuinness**, stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, zuständig für die Arbeitsgruppe Auswärtige Angelegenheiten; **Juan Salafranca**, Head of WG Foreign Affairs; **Albert Jan Maat**, Vorsitzender von COPA-COGECA; **Esther de Lange**, Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP

SCHLUSSEFOLGERUNGEN

SITZUNG DES VORSTANDS DER EVP-FRAKTION IN AMSTERDAM

EUROPÄISCHE LÖSUNGEN FUNKTIONIEREN

THEMA: I: UNSERE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ZU EINEM MOTOR FÜR DAS WACHSTUM MACHEN

Europa arbeitet sich langsam aber sicher aus der tiefen Krise heraus. Unsere Reformen und Rettungsanstrengungen tragen erste Früchte. Obwohl die existenzbedrohende Phase der Krise offenbar überwunden ist und Europa dem Sturm getrotzt hat, ist die Krise insgesamt noch nicht gemeistert. Wir dürfen daher den Schwung nicht verlieren, um die richtigen Bedingungen zu setzen, damit Arbeitsplätze geschaffen und die Industrie in Europa gehalten wird.

Bei diesen Anstrengungen muss Europa dem Modell der sozialen Marktwirtschaft treu bleiben, das wir anpassen müssen, ohne dabei seine Grundlagen in Frage zu stellen oder zu gefährden. Es geht um ein Verständnis von sozialer Marktwirtschaft, bei dem der Mensch im Zentrum steht und die Gesellschaft nach den Begriffen der Solidarität, der Verantwortung und der Nachhaltigkeit geordnet ist. In dieser Hinsicht unterstreicht die EVP-Fraktion nachdrücklich die wesentliche Rolle der Sozialpartner. Ohne eine funktionierende und ernsthafte Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern lassen sich weder dauerhafte Reformen noch nachhaltiges Wachstum erzielen. Es ist das Ziel der EVP-Fraktion, nachhaltiges Wachstum zu sichern, damit die nächsten Generationen nicht Schulden, sondern Arbeitsplätze erhalten, während wir uns zugleich unserer Verantwortung für einen gesunden Planeten stellen. Aus diesem Grunde und mit diesem Ziel müssen wir die Strukturreformen in den Mitgliedstaaten fortsetzen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Unter der Führung der EVP ist in den letzten Monaten viel getan worden, um die Glaubwürdigkeit wieder herzustellen, die das Fundament für jede dauerhafte Erholung darstellt. Die erfolgte Stärkung der *Economic Governance* ist bemerkenswert. Die Regulierung der Finanzmärkte hat erhebliche Fortschritte gemacht, da dem ultraliberalen System ein Ende bereitet wurde, indem klare Regeln festgelegt worden waren. So wird Transparenz geschaffen und dafür gesorgt, dass die Finanzdienstleistungen tatsächlich der Realwirtschaft *dienen*. Der Abschluss der Bankenunion ist in Reichweite. Unsere Fraktion möchte noch vor den Wahlen einen robusten einheitlichen Mechanismus zur Bankenabwicklung (SRM - *Single Resolution Mechanism*) verabschieden.

Wir müssen den Binnenmarkt nicht nur auf dem Papier verwirklichen, denn er ist Europas Kraftwerk und Beschäftigungsmotor. Seine Umsetzung ist jedoch sehr unbefriedigend, beispielsweise im Dienstleistungssektor und im Digitalsektor, wie aus einem Bericht der Kommission zum Stand des Binnenmarkts hervorgeht, der am 13. November 2013 vorgelegt wurde. Schätzungen zufolge könnte die EU im Laufe der nächsten zehn Jahre beim BIP um zusätzliche 4 Prozentpunkte zulegen, indem sie das Potenzial des Binnenmarkts umfassend ausschöpft.

Ein weiterer „kostenloser Beschäftigungstreiber“ sind unsere unablässigen europaweiten Anstrengungen zum Bürokratieabbau. Der kürzlich vorgelegte Aktionsplan der Kommission über die so genannte „Regulatorische Eignung der EU-Vorschriften“ (REFIT - Regulatory Fitness and Performance) gibt einen wichtigen Impuls; das darf aber keine „einmalige Veranstaltung“ sein, sondern es muss sich um einen fortwährenden Eignungstest für sämtliche laufenden und anstehenden Legislativvorschläge handeln.

Wir möchten, dass die EU-Programme im Bereich Forschung, Innovation, Bildung und sozialpolitische Aktionen am 1. Januar 2014 stehen und laufen: Das Europäische Parlament wird diese Programme nächste Woche verabschieden. Davon wird ein starker Impuls für die Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung ausgehen. Es ist uns gelungen, diese Programme maßzuschneidern, d. h. die Bürokratie zu beschneiden und sicherzustellen, dass gezielte Hilfe dort ankommt, wo sie hin soll.

Der Zugang zu Kapital ist für unsere KMU die dringlichste Herausforderung. Die Kapitalerhöhung der EZB und eine größere Rolle für den Europäischen Investitionsfonds (EIF) sind neben den neuen EU-Programmen wichtige erste Schritte. Aber es muss noch viel mehr getan werden, da viele europäische Unternehmer durchaus bereit stehen, um neue Produkte zu erfinden und neue Arbeitskräfte einzustellen, sobald es ein funktionierendes Kreditsystem gibt. Dieses „Tal des Todes“ müssen wir endlich hinter uns bringen.

Mit all diesen Maßnahmen verfolgen wir ein Ziel: Die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere für die jungen Menschen in Europa! Die Jugendinitiative und die Jugendgarantie sind entscheidende Schritte zur Überwindung der angespannten Situation für unsere jüngeren Bürgerinnen und Bürger auf den Arbeitsmärkten. Doch - wie das Beispiel zahlreicher Mitgliedstaaten gezeigt hat - ohne strukturelle Reformen und flexiblere Arbeitsmärkte werden den jungen Menschen in Europa die Chancen vorenthalten, die sie verdienen.

K. Wynands

THEMA II: WIE MAN DIE WÄHLER AN DIE URNEN BEKOMMT

Unsere EVP-Fraktion tritt entschlossen gegen jegliche Form von Populismus und Nationalismus sowie gegen all jene an, deren Europapolitik gegen die Europäische Union gerichtet ist. So lautet die wichtigste Schlussfolgerung der Diskussion, die bei der Sitzung des Vorstands der EVP-Fraktion unter dem Titel „Wie man die Wähler an die Urnen bekommt“ unter dem Vorsitz des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Jaime Mayor Oreja geführt wurde.

In seinen einleitenden Worten hob Jaime Mayor Oreja hervor, dass die Herausforderung bei den nächsten Europawahlen darin bestehen müsse, den Menschen zu zeigen, dass, je mehr Stimmen die in der EVP zusammengeschlossenen Parteien erhalten, desto mehr Stabilität in Europa herrschen wird, angesichts einer „gemeinsamen Front“ von politischen Kräften, die sich während der Krise herausgebildet haben, wie etwa die Bewegung von Beppe Grillo, die Isolationsbewegung im Vereinigten Königreich, der Aufstieg des Front National in Frankreich oder der Höhenflug der nationalistischen Parteien in Spanien. „Unsere Hauptgegner werden dieses Mal nicht die Sozialdemokraten sein, sondern diese Bewegungen, die nichts anderes als ein Ausdruck der Wirtschaftskrise sind“, hob er hervor.

Aus diesem Grunde betonte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der EVP die Notwendigkeit, im Wahlkampf „mehr über die Union zu sprechen“, sowie über die entscheidende Rolle, welche die EVP beim Aufbau Europas gespielt hat und noch spielt, im Gegensatz zu Bewegungen, die „nur aus dem Geist der Zerstörung geboren wurden“ und deshalb niemals in der Lage sein werden, Europa zu regieren und die richtigen Lösungen gegen die Krise zu finden.

Die zweite Herausforderung bei den im Mai 2014 anstehenden Europawahlen wird - wie im Titel der Diskussionsrunde formuliert - darin bestehen, die Wähler an die Urnen zu bekommen, d. h. wie man den Trend zu einer immer niedrigeren Wahlbeteiligung (von 61,9 % im Jahr 1979 auf 42 % im Jahr 2009) umkehren kann. „Wir müssen die gemäßigten Elemente unserer Gesellschaften motivieren, wieder an die Urnen zu gehen, denn andernfalls kommt es zu einer niedrigen Wahlbeteiligung, die sich nicht nur zu unserem Schaden, sondern zum Schaden von Europa auswirkt“, erklärte Wim van de Camp MdEP.

Vier externe Teilnehmer der Diskussionsrunde - der Wahlkampfleiter der CDA, Jack de Vries; der Wahlkampfmanager für die CDA, Peter Jobsen; der Geschäftsführer (CEO) des HUB Institute, Vincent Ducrey; sowie der Chef des Beratungsunternehmens ZN, Philip Weiss - setzten die Diskussionsrunde über die verschiedenen Themen und Werkzeuge ins Bild, die während des anstehenden Europawahlkampfes verwendet werden sollten. Es herrschte breite Übereinstimmung hinsichtlich der Aussage, dass - bei aller Relevanz der verwendeten Werkzeuge - vom traditionellen persönlichen Kontakt bis zu den neuen sozialen Medien - Menschen auf der Suche nach politischen Optionen sind, denen sie vertrauen und auf die sie sich verlassen können. „Meinungen können sich rasch ändern, aber Werte bleiben und ändern sich nicht alle 2 oder 3 Jahre. Wenn Sie also den Werten treu bleiben, können Sie mit etwas sehr Starkem aufwarten, das die Menschen dazu bewegt, zu den Urnen zu gehen und Ihnen ihre Stimme zu geben“, erklärte Peter Jobsen.

Vincent Ducrey und Philip Weiss konzentrierten sich bei ihren Beiträgen eher auf die Werkzeuge für den Wahlkampf. Vincent Ducrey von HUB Institute betonte die Notwendigkeit, die so genannte „Mediasphäre“ zu organisieren, d. h. die richtigen Kanäle, den richtigen Zeitpunkt und die richtigen Kreise für die Verbreitung der Botschaft der EVP zu wählen. Philip Weiss, Vorsitzender von ZN, dem Unternehmen, das die EVP-Fraktion bei ihrer Informationskampagne für die Wahlen unterstützt, unterstrich, dass die Prioritäten der Menschen „auch unsere obersten Prioritäten sind“. Deshalb sei es gar nicht erforderlich, sich mit einer ideologischen Botschaft an die Menschen zu wenden, sondern den Draht zu all denen wiederzufinden, die das Interesse an der Politik verloren haben. „Wir dürfen nicht zu viel versprechen, sondern müssen zeigen, dass wir verantwortungsbewusst gehandelt haben“, erklärte er.

Mehrere MdEP ergriffen im Laufe der Diskussion das Wort. Das Schlusswort hatte die stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion Mairead McGuinness, die zusammenfassend betonte, dass die EVP es nicht nötig habe, aufgrund der Ergebnisse von Meinungsumfragen ihre guten Vorstellungen zu ändern. „Wir müssen selbstbewusst zu unseren Werten stehen, an unsere Aussagen glauben und den Menschen die Wahrheit sagen.“

Letztlich nimmt die Politik als solche nur wenig Raum im Leben der Menschen ein; ihre vorrangigen Sorgen gelten der Zukunft ihrer Kinder, der Kriminalität und Sicherheit, den Kürzungen seitens der Regierungen sowie der Frage, ob sie weiterhin in der Lage sein werden, ihre Rechnungen zu zahlen und ihren Arbeitsplatz zu behalten.

P. López de Pablo

THEMA III: NACHHALTIGKEIT UND ENERGIE-HERAUSFORDERUNGEN IN DEN STÄDTEN UND REGIONEN IN ANGRIFF NEHMEN

Im März 2013 verabschiedete die Europäische Kommission ein Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und die Energiepolitik bis 2030“, um eine breite öffentliche Diskussion darüber anzustoßen, wie die Klima- und Energiestrategie nach 2020 gestaltet werden sollte, um die drei zentralen Vorgaben der Klima- und Energiepolitik der EU zu wahren: Energieversorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Nachhaltigkeit. Die Städte und Regionen der EU waren stets Pioniere in diesem Prozess, wie man nicht zuletzt am Konvent der Bürgermeister sieht, einer freiwilligen Selbstverpflichtung, das Ziel der CO₂-Verringerung um 20 % bis 2020 zu übertreffen.

Die EVP-Gruppe steht entschlossen hinter dem ehrgeizigen Ziel, für die EU eine glaubwürdige Klima- und Energiestrategie mit klaren politischen Zielen für 2030 zu definieren. Die Städte und Regionen können und sollten bei dieser Strategie eine wichtige Rolle spielen. Das heißt nicht, dass jedes Dorf und jede Region nach Energieunabhängigkeit streben sollte, wir sind aber überzeugt, dass eine intelligente Energieinfrastruktur auf

lokaler Ebene und eine wichtige Rolle für die Mikroerzeugung mit einem ineinandergreifenden europäischen Energiemarkt kombiniert werden muss. Wir müssen aus den Erfahrungen von heute lernen: öffentliche Unterstützung für Technologien, die noch nicht wettbewerbsfähig sind, sollte in stärkerem Maße europäisch - d. h. weniger national und regional - organisiert werden, um Anreize für Investitionen in erneuerbare Technologien zu schaffen. Die Nutzung der unterschiedlichen Energiearten (Kernenergie, erneuerbare Energie, ...) sollte auf EU-Ebene entschieden werden.

Die EVP-Fraktion teilt die Auffassung, dass politischen Maßnahmen und Strategien für Energieeffizienz in der Perspektive 2030 eine höhere Priorität eingeräumt werden sollte. Energieeffizienz kann entscheidend zur Verringerung der Einfuhr von fossilen Brennstoffen beitragen und ist mit einem riesigen Beschäftigungspotenzial sowohl für die Städte als auch für den ländlichen Raum verbunden. Angesichts der ausgeprägten Vielfalt der Mitgliedstaaten und Regionen der EU spricht sich die EVP allerdings entschieden für eine EU-Politik aus, welche die erforderliche Flexibilität und Subsidiarität achtet, damit die Regionen die ehrgeizigen politischen Ziele möglichst kosteneffizient umsetzen können. Die EU sollte bei der Unterstützung und Förderung der Energieeffizienz auf Konzepte für intelligente Mobilität setzen, insbesondere in den Städten, sowie auf Beispiele bewährter Praxis in der Stadtplanung. Eine große Chance liegt in der Nutzung des Energieeinsparpotenzials unseres Gebäudebestands. Dank der Politik der EU muss ab 2019 jedes neu errichtete Gebäude ein nahezu Nullenergiehaus sein. Das Potenzial der Nachrüstung bestehender Gebäude mit Technologien für Energieeffizienz ist bisher weitgehend ungenutzt geblieben. Dabei lassen sich dadurch sowohl wichtige Impulse für Wirtschaft und Beschäftigung geben, als auch die Energieversorgungssicherheit steigern und mittelfristig Kosteneinsparungen erzielen. Die unmittelbare Finanzierung ist und bleibt das größte Hindernis, das der Erschließung der enormen Vorteile aus Renovierungsmaßnahmen für mehr Energieeffizienz entgegensteht, insbesondere wenn es sich um kostspieligere Maßnahmen handelt. Historische und traditionelle Gebäude spielen eine maßgebliche Rolle für die Identität unserer Städte. Der beste Weg, diese Gebäude lebendig zu halten, ist, für ihre ständige und sachgemäße Nutzung zu sorgen sowie ihre Gesamtenergieeffizienz zu steigern, während gleichzeitig der einzigartige Charakter dieser Gebäude bewahrt bleibt.

Die EVP-Fraktion unterstützt den erleichterten Zugang zu den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) für Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz durch einen Multifonds-Ansatz im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik. Eine Reihe von Initiativen der EU können europäische Städte bei der Entwicklung energieeffizienter Verkehrssysteme unterstützen, sowie bei der Erhaltung und Nachrüstung ihres Gebäudebestands, der ein wichtiger Bestandteil ihres kulturellen Erbes darstellt. Finanzierungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bieten eine große Chance, um einen Teil dieser Ressourcen speziell auf die energetische Nachrüstung von Wohngebäuden in historischen Stadtzentren zu konzentrieren. Es wird empfohlen, als Ziel dieser Aktionen ausdrücklich die Bereitstellung von mustergültigen Lösungen zu formulieren, die den örtlichen und regionalen Behörden dabei helfen sollen, der Nachrüstung des Gebäudebestands entscheidenden An Schub zu verleihen. Zugleich handelt es sich bei derartigen Arbeiten um eine wichtige Chance für die Erholung von der derzeitigen Wirtschaftskrise. Ein solcher Ansatz sollte daher als wichtiger Beitrag zur angestrebten Integration einer Reihe von europäischen Politikbereichen (Kohäsion, Energie, Horizont 2020 für Forschung und Entwicklung) betrachtet werden, die sich ihrem Wesen nach allesamt ergänzen.

K. Wynands / A. Bastiaansen

THEMA IV: GESUNDE UND AUSREICHEND NAHRUNG FÜR EUROPA UND DIE WELT ERZEUGEN

Ohne Nahrungsmittel gibt es kein Leben. Zudem spielen Nahrungsmittel eine wichtige Rolle für unsere kulturelle Identität und für unsere Volkswirtschaften. Den Menschen ist bewusst, dass die Nahrung, die sie zu sich nehmen, sich maßgeblich auf ihre Gesundheit auswirkt. Weniger deutlich wird dagegen wahrgenommen, wie sehr sich die Erzeugung und der Verbrauch von Nahrungsmitteln auf die Ressourcen unserer Welt auswirken.

Viele der heutigen Systeme zur Erzeugung von Nahrungsmitteln beeinträchtigen die Fähigkeit der Erde, in Zukunft Nahrungsmittel zu liefern. Starke Preisschwankungen, Zugangsbeschränkungen sowie die Verflechtung zwischen den globalen Rohstoffmärkten (wobei eben auch Nahrungsmittel zu den Rohstoffen gehören) sowie die immer stärkere Anfälligkeit der Systeme zur Erzeugung von Nahrungsmitteln angesichts des Klimawandels und der abnehmenden biologischen Vielfalt der Landwirtschaft („Agrobiodiversität“) werden in Zukunft dazu führen, dass der Zugang zu Nahrungsmitteln für arme Menschen noch schwieriger wird.

Es gibt viele verschiedene Ansichten, was genau ein „nachhaltiges“ System zur Erzeugung von Nahrungsmitteln ist und was genau unter „Nachhaltigkeit“ fällt. Genau genommen bedeutet Nachhaltigkeit, dass die Nutzung von Ressourcen in einer Geschwindigkeit erfolgt, die nicht schneller ist als die Fähigkeit der Erde, diese Ressourcen wieder zu ersetzen.

Die EVP-Fraktion hat die Notwendigkeit eines langfristigen Ansatzes bei der Ernährungssicherheit erkannt. Die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) wird sich dank der Einbindung des privaten Sektors günstig auf die landwirtschaftliche Produktivität, auf die Agrarindustrie, auf neue Verfahren, auf die wissenschaftliche Forschung sowie auf den Aufbau von Fähigkeiten durch Schulungsmaßnahmen sowie durch die Bereitstellung nachhaltiger Geschäftsmöglichkeiten auswirken.

Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist in den Industrieländern ebenso hoch wie in den Entwicklungsländern: Während in den Entwicklungsländern 40 % der Verluste nach der Ernte und bei der Verarbeitung entstehen, gehen in den Industrieländern 40 % der Nahrungsmittel im Einzelhandel und bei den Verbrauchern verloren. Nahrungsmittel werden überall auf der Welt verschwendet, entlang der gesamten Versorgungskette, von den Erzeugern bis zu den Verbrauchern. Jahr für Jahr werden in Europa 90 Millionen Tonnen Nahrungsmittel verschwendet, wobei die Nahrungsmittelverschwendung in der Landwirtschaft und das Zurückwerfen von Fisch gar nicht eingerechnet sind. Nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO wird pro Jahr rund ein Drittel der für den menschlichen Verzehr bestimmten Nahrungsmittel - 1,3 Milliarden Tonnen - verschwendet.

Die EVP-Fraktion stellte sich entschlossen hinter die Auffassung, dass bei Nahrungsmitteln ein nachhaltiges System eine ganze Palette von Themenkreisen umfassen muss, wie beispielsweise Versorgungssicherheit, Gesundheit, Lebensmittelsicherheit, Erschwinglichkeit, Qualität, eine starke Nahrungsmittelindustrie, was Beschäftigung und Wachstum anbelangt, sowie zugleich ökologische Nachhaltigkeit im Hinblick auf Themenkreise wie Klimawandel, biologische Vielfalt („Biodiversität“) sowie Wasser- und Bodenqualität.

Die EVP-Fraktion unterstützt Maßnahmen für eine gesunde Ernährung, zumal sich dadurch auch die ökologischen Auswirkungen des Nahrungsmittelverbrauchs in Europa und weltweit verringern lassen. Die durchschnittliche westliche Ernährung mit ihrem hohen Anteil an Fleisch, Fett und Zucker gefährdet die Gesundheit des Einzelnen, die Sozialsysteme - und die Ökosysteme dieser Welt, von denen unser aller Leben abhängt. Übergewicht, Diabetes, Bluthochdruck, Osteoporose und Arthrose sowie Krebs sind verbreitete ernährungsbedingte Erkrankungen.

Die EVP-Fraktion ist sich bewusst, dass für die zuverlässige Bereitstellung von unbedenklichen und gesunden Nahrungsmitteln für eine Union von mittlerweile circa 500 Millionen Bürgern weltweiter Einsatz, laufende Anpassungen und ein innovativer Ansatz seitens der EU erforderlich bleiben.

Die EVP-Fraktion begrüßt, dass im Laufe der Jahre ein solides Korpus an Gesetzen zur Lebensmittelsicherheit verabschiedet worden ist, neben zuverlässigen Systemen, um den Schutz der Gesundheit von Menschen und Tieren zu gewährleisten. Diese Maßnahmen sind stets nach den neuesten wissenschaftlichen Informationen und technologischen Entwicklungen ausgearbeitet und verbessert worden. Das Ergebnis ist, dass die Menschen in Europa sich heute eines Grads an Lebensmittelsicherheit erfreuen, der zu den höchsten weltweit zählt. Die Bürgerinnen und Bürger Europas können sich nicht nur auf eine zuverlässige Versorgung mit Nahrungsmitteln verlassen, sondern haben zudem eine enorme Auswahl aus Produkten, die allesamt sehr strenge Normen erfüllen müssen.

Die Lebensmittelsicherheitspolitik der EU ist im Einklang mit den Veränderungen weiterentwickelt und angepasst worden. Neue Verfahren in der Landwirtschaft und in der Nahrungsmittelindustrie haben es erforderlich gemacht, neue Ansätze bei der Regelung zu prüfen. Bei jeder neuen Herausforderung und jeder neuen Bedrohung musste eine wirksame und angemessene Antwort gefunden werden. Die EVP-Gruppe steht voll hinter der Auffassung, dass für Ernährungssicherheit und Lebensmittelsicherheit ein sektorübergreifender Ansatz, Politikkohärenz und enge Koordination erforderlich sind.

A. Bastiaansen / J. Salafranca / G. Roig Linana

Zuletzt veröffentlichte Publikationen - 2012/2013

Publikationsdienst - Dienststelle Presse und Kommunikation
EVP-Fraktion im Europäischen Parlament



Justiz und Inneres
Die Prioritäten
2011 der EVP-
Fraktion
Februar 2011

FR EN DE NL



Haushalt und
Strukturpolitik
Die Prioritäten 2011
der EVP-Fraktion
Februar 2011

FR EN DE NL



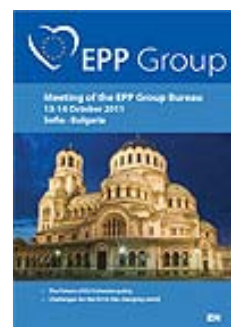
Wirtschaft und
Umwelt
Die Prioritäten 2011
der EVP-Fraktion
Februar 2011

FR EN DE NL



Auswärtige
Angelegenheiten
EPP Group's
priorities for 2011
Februar 2011

FR EN DE NL



Sitzung des Vorstands
der EVP-Fraktion
Sofia
Oktober 2011
Dezember 2011

FR EN DE BG



EPP Group Public
Hearing Internet
Today and
Tomorrow
February 2012

EN



Studientage der
EVP-Fraktion
Marseille
Dezember 2011
March 2012

FR EN DE



Sitzung des Vorstands
der EVP-Fraktion
Palma de Mallorca
March 2012
Mai 2012

FR ES EN DE



Sitzung des Vorstands
der EVP-Fraktion
Dubrovnik
April 2013
Juni 2013

FR EN DE



Sitzung des Vorstands
der EVP-Fraktion
Dresden
Mai 2013
Juli 2013

FR EN DE

Serien



Watching Brief

FR EN DE



Food for thought

EN



EPP Group
Top Events

FR EN DE



EVP-Fraktion

im Europäischen Parlament

Veröffentlicht von :	Publikationsdienst Dienststelle Presse und Kommunikation Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) im Europäischen Parlament
Herausgeber :	Pedro López de Pablo
Koordinator :	Véronique De Jonghe (Revision : Daniela Bührig)
Verantwortlich :	Christine Detourbet Verantwortlich für die Abteilung Politische Strategie
Adresse:	Europäisches Parlament 47-53 rue Wiertz B - 1047 Brüssel Belgien
Internet:	http://www.eppgroup.eu
E-mail:	epp-publications@europarl.europa.eu
Copyright:	EVP-Fraktion im Europäischen Parlament